

D O K U M E N T A T I O N

Auszug aus dem Bericht der Internationalen Delegation von Juristen nach Singapur

Vom 5. bis 9. Juli 1987 besuchte eine Delegation von 4 Juristen Singapur zur Untersuchung von Umständen der Verhaftung und Internierung von 22 Personen im Mai und Juni 1987. Der Delegation gehörten folgende Personen an: Dr. Yap Thiam Hien (Indonesien), Ehrenmitglied der Internationa-

len Juristenkommission, Herr Etienne Jaudel (Frankreich), Sekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte, Herr Akinori Hashimura (Japan) für den Richter Kenkichi Nakadaira, Mitglied der Asiatischen Menschenrechtskommission und Frau Jane Kelsey (Neuseeland) Delegations-

koordinatorin der Asiatischen Menschenrechtskommission. Der Bericht gliedert sich in 9 Abschnitte, umfaßt 30 Seiten und wurde im Oktober 1987 veröffentlicht. Wir drucken hier nur eine Übersetzung der Schlußfolgerungen ab. Der Gesamtbericht ist bei der Redaktion erhältlich.

Singapurs Regierung ist übersensibel gegenüber Opposition und Kritik

Als Ergebnis ihrer Untersuchungen kommt die Delegation zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Aktivitäten der Inhaftierten

Die Delegation ist der Auffassung, daß die Aktivitäten der Inhaftierten, die legitime Ausübung ihrer Bürgerrechte, in einer gesunden Demokratie verteidigt und begrüßt werden sollten. Sie haben nicht mehr getan, als ihr Verantwortungssinn und ihr Pflichtgefühl für das Wohlergehen des Landes und der Bevölkerung von ihnen verlangte. Die Regierung Singapurs sollte stolz auf solch engagierte junge Männer und Frauen sein, die ihre Vision von einem starken und gerechten Singapur teilen.

Es gibt keinerlei zuverlässige Beweise dafür, daß andere Motive als religiöser Glaube und Menschlichkeit diejenigen, die verhaftet wurden, dazu bewegten, sich für soziale Gerechtigkeit zugunsten ihrer Mitbürger und schließlich des ganzen Landes einzusetzen. Ihr Mut, sich zu äußern, wo doch so wenige Singapureaner dazu bereit sind, verdient

Respekt und Lob innerhalb Singapurs und in der ganzen internationalen Gemeinschaft. Es ist bedauerlich, daß ihr Engagement für eine lobenswerte Sache ihnen Zorn und Strafe der Regierung und durch diese die Verdammung als Feinde Singapurs eingebracht hat.

2. Die Rechtsstaatlichkeit in Singapur

Die Regierung Singapurs hat sich beständig geweigert, Beweise für eine marxistische Verschwörung in einem öffentlichen Gerichtsverfahren vorzulegen und den Angeklagten zu ermöglichen, ihre Integrität und Freiheit zu verteidigen. Dies stellt die Behauptung der Regierung ernsthaft in Frage, sie habe "eine marxistische Konspiration" aufgedeckt, "die darauf abzielte, das politische und soziale System Singapurs durch die Anwendung einer kommunistischen Einheitsfronttaktik zu unterlaufen, um einen kommunistischen Staat zu errichten ... und die einen systematischen Plan ausführte, legale, etablierte Organisationen zum Zwecke der politischen Agitation zu infiltrieren und

zu untergraben". Die Regierung gibt an, daß solche Beschuldigungen, weil ihrer Natur nach unsichtbar und verdeckt, schwerlich entsprechend den technischen Anforderungen des Gesetzes vor Gericht zu beweisen seien. Die besonderen Prozeduren des ISA würden daher angewandt, um sicherzustellen, daß die Unzulänglichkeiten des Gesetzes nicht die Sicherheit des Staates gefährdeten.

Die Unsichtbarkeit einer Verschwörung als Beweis für böse und hinterhältige Vorgehensweise ins Feld zu führen, gibt der Regierung die absolute Macht, jede Gruppe oder jeden Menschen zu jeder Zeit einer "marxistischen Konspiration" zu bezichtigen. Das Fehlen von nachvollziehbaren Beweisen wird selbst zum Beweis.

Ohne unabhängige richterliche Prüfung der Behauptungen können die Regierung und die Sicherheitskräfte jeden, den sie wollen, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftieren. Die grundsätzlichen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit werden dem Gutdünken der Herrschenden preisgegeben und die Rechtsinstitutionen und Judikative der Nation verunglimpft. Die Delegation verurteilt die Regierung Singapurs, wie sie auch jede andere Regierung verurteilen würde, für diese Außerkräftsetzung des grundsätzlichen Schutzes der Rechtsstaatlichkeit für die Bürger.

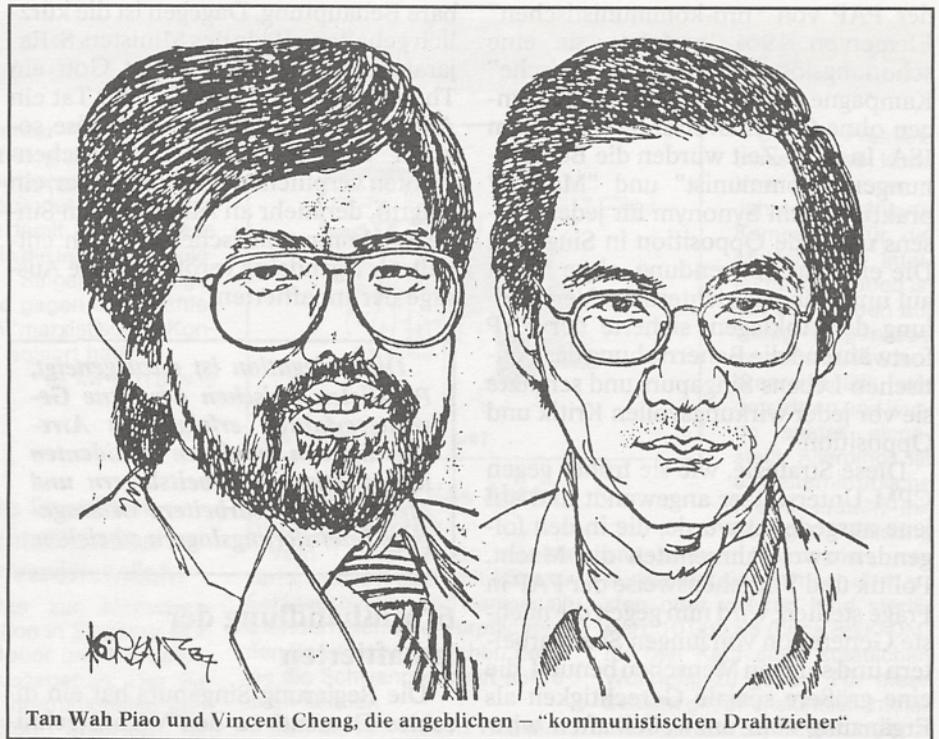
3. Die Motive der Regierung Singapurs für die Inhaftierungen

Die Delegation fand heraus, daß der den Vorwürfen gegenüber vorherrschende Skeptizismus begleitet wird von der zynischen Vorstellung, daß das ISA wie schon in der Vergangenheit von der Regierung als Instrument dazu benutzt werde, die Opposition zu zerschlagen und Kritiker verstummen zu lassen. Die speziellen Ziele scheinen der Anwaltsverein (Singapore Law Society) und die katholische Kirche zu sein, deren wachsende Freimütigkeit in den letzten zwei Jahren ihnen den Zorn der Regierung zugezogen hatte.

Die Feindseligkeit der Regierung gegenüber dem Anwaltsverein war in der vom Fernsehen ausgestrahlten Anhörung des (Parlaments-) Sonderausschusses über die Ergänzung zum Anwaltsgesetz (Legal Profession Bill) 1986 für die Delegation deutlich erkennbar.

Mitglieder des Vereinsvorstandes, die für eine Aussage zur Anhörung bestellt wurden, erfuhren herablassende Belehrungen, Intoleranz, Beleidigungen, Einschüchterungen, Androhungen und mußten sich Fragen nach persönlichen Angelegenheiten und politischen Überzeugungen in einer Art und Weise gefallen lassen, die mit einer parlamentarischen Tradition unvereinbar sind. Während er Frau Teo ins Kreuzverhör nahm, enthüllte der Premierminister, daß das Justizministerium die Außerordentliche Mitgliederversammlung des Anwaltsvereins zur Gesetzesänderung heimlich hatte abhören lassen, wodurch er eine Abschrift der Rede von Frau Teo auf dieser Versammlung erhalten hatte. In der Antwort auf diesen haßerfüllten Angriff von PAP-Parlamentsabgeordneten (People's Action Party = Regierungspartei), der von Premierminister Lee Kuan Yew angeführt wurde, blieben die Zeugen standhaft und ließen sich nicht einschüchtern.

Die Verabschiedung der Änderung des Anwaltsgesetzes disqualifizierte den damaligen Präsidenten des Anwaltsvereins von der Fortführung seines



Tan Wah Piao und Vincent Cheng, die angeblichen – "kommunistischen Drahtzieher"

Amtes. Die kürzliche Inhaftierung der zwei jungen Frauen, die sich dem Premierminister bei der Anhörung gestellt hatten, beseitigt eine weitere Quelle zukünftiger Herausforderung und bedeutet eine offene Warnung an jeden anderen potentiellen Rechtsreformer. Der Anwaltsverein wurde zur neuen Ziel-scheibe der Taktiken, die gegen die Arbeiterpartei (Workers' Party) und ihren Generalsekretär Jeyaretnam seit einigen Jahren angewandt werden.

Die Drohungen der Regierung, ähnliche Schritte zur Kontrolle der katholischen Kirche zu unternehmen, die Inhaftierung ihrer jungen Führer unter dem ISA und Rücktritt und Ausreise von vier Priestern scheinen wirkungsvoll die zunehmenden Forderungen nach wachsender Beteiligung der Kirche an sozialen Aktivitäten zurückgedrängt zu haben.

Die Lehren daraus haben sowohl die neue Führung des Anwaltsvereins als auch die katholische Kirche gezogen.

Das Ergebnis ist eine willfährige und eingeschüchterte Führung im Anwaltsverein und in der katholischen Kirche sowie eine ängstliche, unterwürfige Anwalt- und Priesterschaft.

Ihr Schweigen über die Inhaftierung ihrer Mitglieder hat Bände gesprochen.

Die Delegation glaubt, daß diese Ereignisse der Auffassung Glaubwürdigkeit verschaffen, diese Inhaftierungen zielten darauf ab, die sich entwickelnde

demokratische Opposition gegen die fortbestehende PAP-Vorherrschaft im Keim auszulöschen, und nicht auf die Verhinderung einer gewalttätigen kommunistischen Machtübernahme. Die Ereignisse liefern auch einige Aufschlüsse über die Art der Verhöre, welchen die Inhaftierten in ihrer Haft und Isolation ausgeliefert waren. Dies wirft wieder einmal die schwersten Zweifel über den Wert der öffentlichen Geständnisse auf.

4. Die kommunistische Bedrohung

Selbst wenn die Behauptungen der Regierung zum Teil begründet wären, fühlte sich die Delegation bei der Folgerung unwohl, daß allein die Sympathie für marxistische Vorstellungen oder der Umgang mit entsprechenden Personen schon etwas Ungesetzliches sein soll.

Ironischerweise baut der Erfolg der PAP beim Aufbau Singapurs in eine der entwickeltsten Wirtschaften Asiens auf ihrem früheren Bündnis mit der Kommunistischen Partei Malayas (CPM) auf, dessen Instrumentalisierung der PAP 1959 einen überwältigenden Wahlsieg und Lee Kuan Yews Regierung die Macht brachte.

Nach der Beendigung dieses Bündnisses, begleitet von einer Säuberung

der PAP von "pro-kommunistischen" Elementen 1961, verfolgte sie eine schonungslose "antikommunistische" Kampagne vorwiegend mit Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren nach dem ISA. In jener Zeit wurden die Bezeichnungen "Kommunist" und "Marxist" praktisch zum Synonym für jeden Dissens und jede Opposition in Singapur. Die einfache Anwendung, ohne Recht auf unabhängige richterliche Verhandlung der Anklagen, sicherte der PAP fortwährend die Beherrschung des politischen Lebens Singapurs und schützte sie vor jeder wirkungsvollen Kritik und Opposition.

Diese Strategie, wie sie früher gegen CPM-Unterstützer angewandt und auf jene ausgedehnt wurde, die in den folgenden zwei Jahrzehnten die Macht, Politik und Vorgehensweise der PAP in Frage stellten, wird nun gegen die nächste Generation von jungen Sozialarbeitern und solchen Menschen benutzt, die eine größere soziale Gerechtigkeit als Ergänzung zum unzweifelhaften wirtschaftlichen Erfolg Singapurs fordern. In den 60er Jahren rechtfertigte die Regierung Singapurs diesen Abschied von normalen demokratischen Methoden als einen Zwischenschritt auf Singapurs Weg zur vollen Demokratie. Nach 25 Jahren Bestehen der Nation scheint Singapur der vollen Demokratie keinen Schritt näher zu sein.

Die Regierung Singapurs würde zweifellos Behauptungen zurückweisen, daß die früheren Beziehungen der PAP zu der CPM in eine marxistische Konspiration gemündet seien, obgleich die Zusammenarbeit ausdrücklich darauf abzielte, einen neuen Staat aufzubauen. Die Beweise für eine Verschwörung der 1987 Inhaftierten können nicht einmal einen solchen Grad an Kontakten, Planung und Organisation aufzeigen. Die Regierung weist lediglich auf informelle und gesellschaftliche Kontakte zwischen Gemeindeentwicklungsgruppen und Sozialarbeitern hin, unter denen einige intellektuelle Kenntnis von der marxistischen Theorie, neben anderen, gehabt haben mögen. Die Delegation kann nicht erkennen, wie dies allein eine bevorstehende Bedrohung der Sicherheit Singapurs darstellen soll, die eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren nach dem ISA oder die Bezeichnung der Inhaftierten als "Marxisten" oder "Kommunisten" rechtfertigt.

Die PAP-Führer müßten sich vollständig im klaren darüber sein, daß es eine grundlegende Antipathie zwischen den Theorien und der Praxis des Kommunismus und der Religion gibt. Ein Bündnis der CPM oder irgendwelcher anderer Kommunisten mit engagierten Katholiken in Singapur, die die gleichen Ziele und Taktiken haben, ist nach der Auffassung der Delegation eine unhalt-

bare Behauptung. Dagegen ist die kürzlich gehaltene Rede des Ministers S. Rajaratnam mit dem Titel "Ist Gott ein Theologe der Befreiung" in der Tat ein Angriff gegen Religion und religiöse, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten verpflichtete Sozialarbeiter, ein Angriff, der mehr an Atheismus im Sinne der kommunistischen Doktrin enthält, als irgendeine veröffentlichte Aussage der Inhaftierten.

Die Delegation ist dazu geneigt, Parallelen zwischen der ohne Gerichtsverfahren erfolgenden Arretierung von religiösen Dissidenten in sowjetischen Arbeitslagern und Menschenrechtsarbeitern in Singapurs Internierungslagern zu ziehen.

6. Mißhandlung der Inhaftierten

Die Regierung Singapurs hat ein direktes Dementi zu den Verhörtechniken, wie sie in diesem Bericht beschrieben werden, vermieden, indem sie feststellte, daß keine der freigelassenen Inhaftierten, insbesondere nicht Jenny Chin in ihrem Interview mit der "New Straits Time" [malaysische Tageszeitung], noch die Anwälte oder Familien der Inhaftierten solche Mißhandlungen behauptet hätten. Diese Position kann nicht länger beibehalten werden.

Die Delegation hat zahlreiche zuverlässige und detaillierte Beschwerden über solche Mißhandlungen von sehr beunruhigten Anwälten und Familien der Inhaftierten erhalten. Viele fürchten Auswirkungen auf ihre Klienten, Verwandten, die immer noch inhaftiert sind, oder sich selbst, wenn sie diese Angelegenheit veröffentlichen. Die Unsicherheit, ob es weitere Verhaftungen geben wird, bestärken ihre Schweigsamkeit. Diejenigen, die unter den gegebenen Bedingungen mit der Delegation gesprochen haben, vergrößern daher die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen.

Der Delegation war es nur möglich, eine der freigelassenen Inhaftierten zu treffen. Obgleich es klar war, daß sie nicht frei über die Einzelheiten ihrer Inhaftierung reden konnte, akzeptiert die Delegation, daß nicht alle Inhaftierten in gleichen Formen und Ausmaßen den Verhören ausgesetzt waren. Dies verringert in keiner Weise die Bedenken über die klaren und extensiven Verletzungen der Menschenrechte der Inhaftierten durch die Regierung Singapurs.

Der Glaube an den gemeinsamen Ursprung und das gemeinsame Schicksal der Menschen macht den Schutz von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten zur Angelegenheit der ganzen Menschheit, über politische und nationale Grenzen hinweg. Damit ist der Anspruch auf das souveräne Recht ei-

nes Staates, das Leben, die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten seines Volkes zu regeln und zu bestimmen und dies, ohne die Verpflichtung, Kritik und Anteilnahme anderer Staaten und Völker zu akzeptieren, nur haltbar, solange der souveräne Staat sich an andere anerkannte Prinzipien und Verfahren hält. Keine Regierung ist berechtigt, für sich in Anspruch zu nehmen, daß sie allein weiß, was ihr Volk braucht, noch ist sie nur ihrem eigenen Volk gegenüber verantwortlich dafür, was sie entscheidet, wenn sie systematisch jene Prinzipien verletzt. Dies ist eine grundlegende Frage von Richtig oder Falsch, wobei es die Aufgabe der internationalen moralischen Meinung ist, die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten der Opfer zu schützen. Im Falle dieser Inhaftierungen ist es für andere Regierungen, Nicht-Regierungs-Institutionen und engagierte Menschen und Gruppen eine Pflicht, zugunsten der Inhaftierten zu intervenieren, der Regierung Singapurs gütlich zuzureden und jeden anderen angemessenen Druck auf sie auszuüben. Sie sollten die Freilassung der Verhafteten und die Aufhebung aller Einschränkungen für die Freigelassenen fordern. Sie müssen aber auch die Beendigung der ISA-Anwendung von der Regierung Singapurs verlangen.

Die internationale Gemeinschaft muß der Regierung von Singapur klar machen, daß sie in Zukunft keine Versuche der Unterdrückung von legitimen demokratischen Rechten der singapureanischen Bürger durch die Anwendung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit tolerieren wird. Die Delegation ruft zu diesem Zweck zu einer klaren Stellungnahme von Regierungen und Organisationen auf, insbesondere von denjenigen, deren Eigeninteressen und diplomatischen Prioritäten sie bisher schweigen ließen. Ihr Schweigen hat zugelassen, daß eine solche schwere Verletzung von grundlegenden Menschenrechten an diesen jungen Bürgern Singapurs verübt wurde.

Die Delegation kommt daher zu der Schlußfolgerung, daß die Verhaftung und andauernde Inhaftierung von 18 Singapureanern nach dem ISA auf sehr dürrigem Boden steht. Die standhafte Weigerung der Regierung Singapurs, ein offenes, rechtsstaatliches Gerichtsverfahren zuzulassen, macht die Schwäche ihrer Position deutlich. Diese negative Haltung der Regierung von Singapur bestärkt die Richtigkeit der internationalen Meinung, daß die Übersensibilität der Regierung gegenüber Opposition und Kritik der wahre Grund für die Inhaftierungen ist, eher jedenfalls als eine Angelegenheit von Sicherheit und Wohlergehen der Gesellschaft Singapurs.

Übersetzung aus dem Englischen von P. Franke